



Frau  
Inge Höger  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Rainer Baake**

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 6870  
FAX +49 30 18615 5144  
E-MAIL buero-st-b@bmwi.bund.de  
DATUM Berlin, 18. Oktober 2017

## **Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat Oktober 2017** **Fragen Nr. 55 und 56**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

### **Frage Nr. 10/55**

**Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zur Frage, nach welcher Maßgabe die Europäische Kommission ein Mandat für Verhandlungen mit der Regierung Russlands über einen gemeinsamen rechtlichen Rahmen mit der Europäischen Union für die Pipeline Nord Stream 2 erhalten sollte („EU darf sich nicht bei umstrittener Pipeline einmischen“, spiegel.de vom 30. September 2017), das sich am Artikel 194 AEUV (Verwirklichung und Funktionsweise des Energiebinnenmarktes) als Rechtsgrundlage orientieren könnte, wie es nach meiner Kenntnis in einem am 28. September 2017 veröffentlichten Gutachten des Juristischen Dienstes des Rates als rechtlich unbedenklich erklärt wird, wenn ein solches Verhandlungsmandat für ein Gemischtes Abkommen nach Artikel 194 AEUV im Rat, wo nach meiner Kenntnis einstimmig entschieden werden müsste, zur Abstimmung stünde?**

### **Antwort:**

Die Nord Stream 2 Pipeline ist ein unternehmerisches Projekt, das wie auch andere Infrastrukturvorhaben alle anwendbaren Vorschriften des nationalen, europäischen und internationalen Rechts beachten muss. Aus Sicht der Bundesregierung bedarf es für das Nord Stream 2 Projekt grundsätzlich keines Mandats für ein Abkommen mit Russland. Auch das Gutachten des Juristischen Dienstes des Rates zum Man-

datsentwurf vom 28. September 2017 kommt zu dem Ergebnis, dass keine rechtliche Notwendigkeit für ein Abkommen mit Russland besteht. Wenn die Europäische Kommission einen überarbeiteten Mandatsentwurf vorlegt, wird die Bundesregierung diesen sorgfältig prüfen.

**Frage Nr. 10/56**

**Mit welchen Maßnahmen könnten die EU-Mitgliedstaaten oder die Europäische Union aus Sicht der Bundesregierung dafür sorgen, in Bezug auf Gaslieferungen aus der Russischen Föderation in die Europäische Union eine Trennung der Tätigkeiten Gasförderung/-versorgung und Gasfernleitung sicherzustellen, um Interessenkonflikte zu vermeiden, und aus welchem Grund hat sie sich gegen ein Mandat der Europäischen Kommission für die Verhandlungen einer Vereinbarung zwischen Russland und der Europäischen Union über den Betrieb der Pipeline Nord Stream 2 ausgesprochen („EU darf sich nicht bei umstrittener Pipeline einmischen“, [spiegel.de](http://spiegel.de) vom 30. September 2017), das nach meiner Kenntnis eine solche Entflechtung sowie größtmögliche Transparenz zum Ziel hatte?**

**Antwort:**

Die Europäische Kommission hat in ihrem Mandatsentwurf bestätigt, dass die Entflechtungsvorgaben des dritten Energiebinnenmarktpakets keine Anwendung auf Nord Stream 2 finden, da Offshore-Verbindungsleitungen aus Drittstaaten in die Europäische Union nicht den Regeln des dritten Energiebinnenmarktpaketes unterfallen. Ab dem Anlandepunkt der Leitung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union finden hingegen die einschlägigen regulatorischen Vorgaben aus dem dritten Binnenmarktpaket, beispielsweise zur Entflechtung, Anwendung. Kommission und Mitgliedstaaten überprüfen die Durchsetzung in den dafür vorgesehenen Verfahren. Zur Frage der Position der Bundesregierung zum Mandat wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

